

Zugelassene Zeitung für Sachsen.
Unterhaltung, Geschäftsbücher,
Bürobedarf, Dienstleistungen.
Rechtsberatung überwiegendlich Nr. 2. so.
Kaufhaus für alle Bedürfnisse bis zu 1000 Mark
der kleinen 4. nur an Sonntagen
bis 2 Uhr. Die kleinste Einheit
umfasst 8 Goldene zu 100. für Mon-
tag und über nach Belegschaft 100 Goldene
für die nächsten Tage auszahlen, bei
Ausgaben wird nicht geprüft. Nach-
richten und Anschreibungen gegen
Gebührenabzug durch Briefmarken
oder Postauszugschein.

Sie sind keine Verbindlichkeit.
Gebührenlosen nehmen könnten
nachrichtliche Berichterstattungen an.
Berichterstattung N° 11.

Dresdner Nachrichten

Dr. Kadner's Sanatorium.
Dietetische Niederrößnitz b. Dresden.
Kuranstalt für Nervenleiden, Blutarmuth, Feindsucht,
Diabetes, Gicht, Unterleibsschmerzen.

Dresden, 1892.

N. Salm

(Inh.: Reich, Wiedner)
Special-Fabrik
geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.,
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechzähler 1111)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packettverschluss- und
Schutz-Marken, sowie Signatur-
schildchen, alle Gattungen
Fahrtstempel u. Gravirarbeiten
Jeder Art.

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn.
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Havelocks

in grösster Auswahl, Stück 15—60 Mark,
Reisemäntel, Gummimäntel,
Palots, Joppen

Str. 44. Spiegel:

Boltschlußgehenswurf und die Parteien, Klerikalismus und Monarchie, Holznachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadt-

verordnetenfikung, Geflügelaustellung, Tagesgeschichte, Gerichtsverhandlungen, Brief Rosenthal.

Politisch.

Die Bänkelsche und Scharmüthel, die über das preußische Volksschulgesetz jetzt zunächst in der vorberatenden Kommission aufgedachten werden, sind für die preußische Regierung vorläufig noch ziemlich unblutig verlaufen. Und doch bieten sich bereits einige Thatsachen, die nicht übersehen werden dürfen, wenn anders man den in unserem Nachbarland begonnenen bedeckten Kampf in allen seinen Phasen verfolgen und das Ende nicht verhindern will. Wenn das Centrum, wie gestern ausgeführt wurde, lediglich aus tatsächlichen Gründen der Regierung die Verlegenheit ersparte wollte, in die sie durch den Jesuitenkontrakt gerathen mußte, so hat es wenige Stunden darauf durch Herren von Quené erklärt lassen, es befände sich jetzt auf dem Wege Schneide, und bei irgend welchen eingreifenden Aenderungen müsse es zur Opposition abschwanken. Diese Drohung ist zwar schwerlich ernst gemeint, denn so lang sind die Herren Klerikale immerhin, um zu wollen, daß sie hierdurch für genaue Zeit festgestellt würden; andererseits dürfen sie auch nicht glauben, durch diese Drohung in anderen Volksstaaten, als bei ihren Wählern, Eindruck zu machen. Im Gegentheil: Das ganze deutsche Bürgerthum würde aufnahmen, wie von einem Alp erlöst, wenn der neue Bund mit der Klerikale, der seit Miguel's Eintritt in das Ministerium so besonders herzlich wurde, durchbrochen würde, wenn die preußische wie die Reichsregierung sich in ihren Maßregeln vom Centrum emanzipierten, wenn sie sich auf jene Klassen stützten, die im Konservatismus und in dem gemäßigten Liberalismus ihren Ausdruck finden. Man darf es nicht unterscheiden, daß jetzt die Magistrate zahlreicher großer Städte sich gegen das neue Gesetz stellen; ihnen werden die kleinen Städte nachfolgen. Man darf aber nicht trennen, wenn man einen großen Theil der feindlichen Stimmung nicht in der Durchführung des Grundgedankens, des konfessionellen Prinzips, erblickt, sondern in der Abneigung gegen das Bündnis mit einer Partei, die noch nie und nirgends aus patriotischen Gründen gehandelt hat. Würde Graf Caprivi auf diesem oder jenem Wege die beschlissene Hilfe des Centrums los, würden gleichzeitig hiermit die Mittelparteien unter seine Hahnen schwenken, so würde in ganz Deutschland jener starke Grund der Beunruhigung wegfallen, der sich in der Befürchtung birgt, daß Rom als Haupt in Berlin wolle. Deutet gewisse Dinge auf ein derartiges Entente des Grafen Caprivi hin? Die hat ablehnende Haltung, die Graf Zedlik in der letzten Kommissionssitzung den Polen gegenüber zeigte, welche das Polnische als obligatorischen Unterrichtsgenstand in die Lehrpläne polnischer Gegenden aufgenommen wissen wollen, kann als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß man regierungswise zum Mindesten keine weiteren Konzessionen zu machen gedenkt. Wenn nun aber das Gesetz in der Kommission angenommen und vom Plenum bestätigt wird, was dann? Freikonservative und Nationalliberale stehen dann in schwerer Opposition zur Regierung, und es würde bei den heutigen Stimmungen im Palais ein Zeichen nicht genügenden Verständnisses für gewisse Unpardonabilitäten, für gewisse "unmögliche" Motive der Volkselite sein, anzunehmen, daß in einem künftigen Wahlgange die konservative Partei Preußens des Sieges ganz gewiß sei. Hält der Schlagabzugswert in ihrer Haupthand, so fällt Graf Zedlik und mit ihm fallen vielleicht noch Andere; wird er in vorliegender Form angenommen, so ist ein Konsult geschaffen, der noch lange nachhalten wird und in dem mit aller Macht nur das Centrum auf der Seite der Regierung steht. Darum kann man nur erneut dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß durch genügende Amendingen die Klerikalität geschaffen werde, daß auch die Mittelparteien für den Schulgesetzesentwurf stimmen. Nachdem haben der nationalliberale Abg. Bubl eine hohe Auszeichnung erhalten, nachdem Herr von Bemmigk mehrfach die persönliche Huld des Monarchen erfahren hat, ist hinreichender Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß der Kaiser vollen Wert auf die Zustimmung der gemäßigten Elemente legt und daß ein Einlenken auf Wahren, auf denen auch diese folgen können, mit seinen persönlichen Wünschen im Einklang steht.

Man ist in zahlreichen Kreisen noch immer der abgelebten Ansicht, daß der Klerikalismus infolge seiner innersten Natur der monarchischen Regierungskomplex bedürfe und deshalb eine wesentliche, nie verlogende Stütze derselben bilden müsse. Das ist grundsätzlich falsch. Der Klerikalismus, der in Rom kein Haupt sieht, kann die Monarchie nur sonst brauchen, als sie sich zur ergebenen Vollstrecker seiner Befehle macht. Der Klerikalismus zwang Heinrich den Viersten nach Canossa. Der Klerikalismus wird nicht von religiösen Fragen, sondern von Machtritzen geleitet. Einen recht deutlichen und offensichtlichen Ausdruck hat diese Aussicht in einer Rede gefunden, die der französische Dominikanerpater Raumus in der Kirche St. Sulpice zu Paris unlässig gehalten hat. Er führt darin aus, daß seine Stimme nur das Echo des Heiligen Vaters sei, daß er also Anschauungen vertrete, die sich mit denen des höchsten, geistlichen Würdenträgers vollkommen decken. Und worin bestand seine Rede? Nicht nur in der vollen Anerkennung der Republik, sondern in der Betonung der Rechtswendigkeit, sich jeder Regierungskomplex, sich jeder politischen Größe anzupassen. Als das römische Kaiserreich in Trümmer ging, da strectete die Kirche den Barbaren ihre Arme entgegen, jetzt erhebt sich für sie „eine neue Kraft und fordert ihren Platz an der Sonne, die Demokratie, jene Kraft, die der modernen Gesittung Tod oder Leben bringen muß“. Papst Leo XIII. hat bereits in einer Encyclical für diese Richtung Partei egriffen und Pater Raumus ärgert nicht, hinzuzufügen, daß die Kirche demokratisch werden, daß sie der Form der Republik zustimmen müsse. Die Kirche kann sich aufrechtsetzen ohne Unterordnen.

Confirmanden-Anzugsstoffe

empfehlen in grossartig dauerhafter Ware zu sehr billigen Preisen

Pörschel & Schneider,
Seiffelstrasse 10 (kleines Rauchhaus).

Neuheiten

eleganter deutscher u. engl. Tuchwaren

empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst

C. H. Hesse, Marienstrasse 20

(„Drei Raben“).

Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathaus),

Special-Geschäft f. Reise-Artikel u. Herren-Modewaren.

Sonnabend, 13. Februar.

der Regierungskomplex anschließen, die sich die Demokratie geben bat. Warum sollen die Katholiken nicht Republikaner sein? Und in der That hat der offenkundige Vater Recht. Die Lehren des Thomas von Aquino und der großen katholischen Kirchenlehrer predigen dieselbe Anschauung. Sie stellen den Satz auf, daß der nationale Stille des konvertirenden Herrscher sei, daß das Volk sich keine Fürsten bestellen und sie absetzen kann nach Guiden, und diesen Lehren giebt das moderne Papstthum erneuten Ausdruck! Wenn also einmal die Sozialdemokratie zum Siege gelangt und auf den Trümmern der modernen Kultur sich der blonde Stoff des „Solidarnates“ erhebt, dann wird Rom rechtzeitig seinen Platz schließen und sein Platz wird „in erster Reihe der Sozialisten sein“! As populum pertinet electio principium — das Volk entscheidet über sein Oberhaupt, so hat Thomas von Aquino gelehrt, so lehrt auch heute der Berater des Papstes. Man wird solche Anerkennungen nicht als zufällig betrachten, man wird sie nicht als nützliche Einbildung eines Einzelnen ansiehen dürfen. Um so mehr Grund aber ist vorhanden, daß man auch anderswo gleicherlei Ercheinungen klar in's Auge sieht und sich die Füße vorlegt; wohin soll der Bund mit dem Klerus, mit Rom führen? Unzuverlässigkeit steht der Thron der Hohenpöller fest, es ist jedoch noch in einem deutlichen Auge die Tonne leuchtet; aber es ist schwierig, den beiden nicht auf nationale, sondern auf internationale Elemente zu führen, die selbst erklären, sie würden die Monarchie im Stiche lassen und jede Regierungskomplex annehmen, sobald die „neuen Barbaren“, die Demokraten jeder Gattung, mächtig werden.

— La.

ergeben. — Abg. Dr. Hirsch (stell.) bekämpft den Standpunkt Stumm's und bittet die Verwaltung der Reichsbahnlinien, volle Gleichberechtigung werten zu lassen. Nur dadurch könnten die Arbeitnehmer wieder auf den Boden der bestehenden Ordnung zurückgeführt werden. — Abg. Dr. Gehr (Centr.) stellt eine Behauptung Bevels entgegen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die zuverlässigen, geordneten und fleißigen seien. Er nehme die Eigenschaften für die christlichen gläubigen Arbeiter in Anspruch. Der Standpunkt Stumm's scheine ihm als zu weitgehend. Entlastungen wegen politischer Gesinnung wirken erhabend. — Abg. v. Hellendorf (stell.): Die politische Gesinnung der Arbeiter sollte nicht getrostet werden, aber es sei Recht und Pflicht der Arbeitgeber, bei Agitation entgegenzutreten. — Abg. Bebel (stell.): Sozialdemokratie wie politische Agitation überhaupt innerhalb der Betriebe dienen auch als Freude für unzählige. Eine solche braucht sich kein Arbeitgeber gefallen zu lassen. Zu protestieren aber ist dogmatisch, daß Arbeiter wegen ihrer politischen Haltung außerhalb der Betriebe genutzt werden. Man werde nie nachweisen können, daß ein Arbeiter seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen keine Pflichten gegen den Staat und sowohl auch gegen seinen Betrieb nicht erfüllt habe. — Abg. Haugmann (Wolsp.) verbündet die Linke gegen den Bonvici, die Sozialdemokratie zu beginnen. Die Sozialdemokratie werde gegen die Trierer beginnen. Die Interessenpolitik treiben. — Der Regierungskommissar erklärt, daß von 2000 Arbeitern der Werkstätten der Reichsbahnverwaltung 2 entlassen worden seien, die als sozialdemokratische Agitatoren aufgetreten seien. An dem damit eingenommenen Standpunkt müsse die Verwaltung festhalten. — Abg. Schröder (stell.): Man schließe die eingesetzten Arbeiter aus, die innerhalb des Betriebes tätigten, aber entferne aus den Arbeitsordnungen jede Bezugnahme auf Verstrebungen irgend einer politischen Partei. — Abg. Abt. v. Stumm (Abp.): Von der Geheimnis sei gar keine Rede, sondern von der Bekämpfung. Herr Wille sei aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, weil, wie Bebel sagt, er die Partei verlängert habe. Was thue denn aber die Sozialdemokratie gegenüber den Arbeitgebern? Gegen die Verleumdungen, die die Arbeitgeber von den Sozialdemokraten fortgesetzt erschließen, müßten sie sich wehren. Abg. Singer (stell.): Die beiden entlassenen Arbeiter hätten nicht wie behauptet worden, an einem sozialdemokratischen Parteitag teilgenommen, sondern an einem Kongreß der Eisenbahner. Ein anderer entlassener Arbeiter, dem Name der Regierungskommissar nachgeht, er habe im Gedächtnis der Universität, sei mit den besten Zeugnissen entlassen worden. Die bei den reichsbahnlichen Werkstätten beschäftigten Betriebsordnungen stützen im Widerstreit mit der am 1. April in Kraft tretenden Gewerbeordnungs-Novelle.

— Abg. v. Radowitz (Abp.): Nachdem die Freisinnigen bei der Wahl des Fürsten Bismarck für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten waren, braute der Partei der Sozialdemokratie nicht noch das Entzerrkennen seiner Freunde zu beobachten. Die Debatte wird geschlossen, die Weiterberatung des Staats der Reichsbahnverwaltung verzögert. — Abg. Dr. Barth (stell.): Damit würde man einen Zustand schaffen, der nahe an den Bürgerkrieg tritt. — Abg. v. Radowitz (Abp.): Nachdem die Freisinnigen bei der Wahl des Fürsten Bismarck für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten waren, braute der Partei der Sozialdemokratie nicht noch das Entzerrkennen seiner Freunde zu beobachten. Die Debatte wird geschlossen, die Weiterberatung des Staats der Reichsbahnverwaltung verzögert. — Wogen: Glat. Wiederholungen.

— Berlin. Der Kompromiß von Schweden reißt morgen nach Schweden zurück. — In Abgeordnetenkreisen war heute viel von einer Verstärkung des Preuß. Vereins- und Verbandsvereins gesprochen. — Abg. v. Radowitz (Abp.): Der Kompromiß von Schweden ist der bishergigen Welle ihre zeitende Thätigkeit fortgegangen, an eine Verstärkung der Preuß. Vereins- und Vereins-Gesetze werde gedacht werden müssen. — Abg. Dr. Barth (stell.): Damit würde man einen Zustand schaffen, der nahe an den Bürgerkrieg tritt.

— Abg. v. Radowitz (Abp.): Nachdem die Freisinnigen bei der Wahl des Fürsten Bismarck für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten waren, braute der Partei der Sozialdemokratie nicht noch das Entzerrkennen seiner Freunde zu beobachten. Die Debatte wird geschlossen, die Weiterberatung des Staats der Reichsbahnverwaltung verzögert. — Kurt Bismarck weilt gegenwärtig in Hamburg. Gestern folgte er einer Einladung des Dr. Adolf Wöhrmann. — Die Wollstoffzulassung im Abgeordnetenkabinett schafft einen Antrag des Centrums, wonach der Leiter für den Religionsunterricht von den katholischen Organen freigestellt werden soll, ab und nahm einen Antrag der Konservativen an, wonach Veränderungen bestehender Schulinstitutions durch welche erhöhte Leistungen der Unterhaltungspflichtigen nötig werden, nur nach Anhörung der verhältniswerten Kielo-Schulbehörde einzuführen.

— Erfurt. Die obersten Militärbehörden befürworten die Einführung der Sonnenfahne für das gesamte Reich.

— Wien. Der Central-Inspektor der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Etienne, bat dem Abg. Lueger wegen der am 9. ds. im Abgeordnetenkabinett vorgebrachten ehemaligen Angriffe eine Herausforderung zum Duell zugehen lassen.

— Wien. Die Politie verbietet hier zwei Serben, Mitglieder einer Balkanbewegung, die seit langer Zeit Serben mit falschen Identitäts-Pfosten überwunden. Die Balkanbewegungen circulieren auch häufig in Wien, Wien und Berlin. Die serbische Regierung hatte auf Ergeizung der Balkanbewegung eine Prämie von 10.000 Francs ausgeschüttet.

— Wien. Die Handelsvertragsunterhandlungen der Schweiz mit Italien sind abgebrochen. Von morgen ab findet der Generaltarif Anwendung.

— London. Der große Streik von 10.000 Kohlenförderern, welcher die Kohlenzulieferung Londons lahmzulegen drohte, geht seinem Ende entgegen. Die Arbeiter werden wahrscheinlich heute ihre Beschäftigung wieder aufnehmen.

— Petersburg. Das Finanzministerium nimmt von einer inneren Staatsaufgabe ab, obwohl es auf die Bedürfnisse der Staatsausgaben reift, für den Rothstand durch die Nebenverteilung von Gold aus dem Staatskasten an die Reichsbank zu den Staatsbehörden dageworfen, um entsprechenden Kredit-Bilatatabtrag bei der Reichsbank zu zwischenziehen lassen. Da ein Theil der als temporär emittierten Kreditur durch eigene Gebäude der Reichsbank gedekt wurde, so werden durch obige Operation diese Gebäude der Reichsbank zurückgestattet, sobald diese temporär emittierten Kreditur durch Goldbestände des Staatskastens gedekt sein werden.

— Belgien. Die Regierung wird die Schwitza in einer der nächsten Sitzungen eine vom Estonia Milan eigenhändig aufgelegte Verzichtserklärung vorlegen, in welcher Milan bedingungslos der Mitgliedschaft des belgischen Königsreichs entzogt, auf das belgische Staatsbürgerschaft verzichtet und sich verpflichtet, niemals in seinem Leben wieder belgischen Boden zu betreten.

— Die Berliner Börse war durch mattoes London und Wien und brasilianische Meldungen ungünstig beeinflußt. Das Geschäft entwickelte sich bei schwächeren Kurzien schwächer. Von Venedig

Brand's Friedliche Kinderzeitung. — Dresden.

(deutsche)

Nummer.

41 42